

12.10.2017 | Von: Sascha Schrader

6. Ordentlicher Kongress 2017

Entscheider von morgen diskutieren

Kontrovers diskutiert wurde beim Parteienabend des Gewerkschaftskongress der IG BCE in Hannover. Von den fünf demokratisch gesinnten Parteien im Bundestag kam die „junge Garde“, Vertreter der Jugendorganisation auf Bundes- oder Landesebene. Die Themen reichten vom Arbeitsmarkt und Mitbestimmung über Digitalisierung bis zur Rente.

Stefan Koch



Die Vorsitzenden der Parteinachwuchs-Organisationen zu Gast auf dem IG-BCE-Kongress

Einige Positionen überraschten dabei durchaus, vor allem aber wurde mit ungewohnter Offenheit gesprochen. Jonas Gräber aus dem Vorstand der Grünen Jugend sagte unumwunden: „Wir müssen uns im Klaren sein, was der Klimawandel für den Arbeitsmarkt bedeutet.“ Es gäbe auch Kämpfe innerhalb der Grünen zwischen denen, die Ökologie vorantreiben wollen, und denen, die die Leute in Beschäftigung halten wollen. Eine Strategie sei jedoch nicht in Sicht. „Wir wissen nicht, wie wir aus den Kämpfen raus kommen“, so Gräber.

Tilman Kuban, Landesvorsitzender der Jungen Union in Niedersachsen, sagte: „Wir müssen die richtigen Weichen stellen, damit auch in Zukunft in Deutschland produziert wird.“ Ria Schröder, stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungen Liberalen, wünschte sich mehr Ehrlichkeit in der Politik. In Bezug auf die Digitalisierung würde den Menschen einfach nicht die Wahrheit gesagt. „Viele Berufe wird es nicht mehr geben“, sagte sie. Die Berufe würden sich ändern,

neue Berufsbilder entstehen, während die etablierten schwinden. „Das betrifft nicht nur die Berufe, die Gewerkschaften vertreten. Beispielsweise werden auch Anwälte betroffen sein“, so Schröder und konkretisierte dies mit der Automatisierbarkeit einer Vertragsanalyse.

Stefan Koch



Die Vorsitzenden der Parteienachwuchs-Organisationen zu Gast auf dem IG-BCE-Kongress.

Die Prekarisierung der Arbeit machte Paul Gruber, Bundessprecher der Linksjugend, zum Thema: „Ich merke, dass es immer mehr Befristungen gibt.“ Er wünsche sich mehr Sicherheit auf Arbeitsplätze für die Jugend. Kuban antwortete: „Die Menschen müssen vernünftig bezahlt werden, wenn sie morgens aufstehen und arbeiten gehen.“ Johanna Uekermann, Bundesvorsitzende der Jusos, wünschte sich, dass die Rechte von Arbeitnehmern und die Mitbestimmung gestärkt werden. „Der beste Weg etwas zu ändern ist doch in eine Gewerkschaft einzutreten“ sagte sie.

Auch bei den Jungen Liberalen scheinen Gewerkschaften neue Freunde zu finden. „Ich bin große Freundin der Gewerkschaften“, sagte Schröder. Man solle Flexibilität jedoch nicht nur als Kampfbegriff verwenden, für viele Menschen sei es auch eine Chance, Übergangszeiten zu überbrücken. Junge Leute würden aber auch wissen wollen, welchen Job sie in sechs Monaten noch haben.

Beim Thema Digitalisierung sahen die jungen Vertreter der Parteien großen Nachholbedarf. „Kinder in der 5./6. Klasse haben alle Smartphones, aber wie man damit umgeht, wird nicht gelehrt“, betonte Gruber von der Linken. Schröder konterte: „Wenn wir nur ein Schulfach IT einführen und sagen: ‚Das ist Digitalisierung‘ – das allein kann es ja nicht sein.“ Es müsse ein Gesamtkonzept zur Bildung geben, die schulische und betriebliche Ausbildung sei dabei nur ein Teil.

Auch eine bessere Internetversorgung sei essentiell. Kuban von der Jungen Union sagte, es sei schlimmer, schlechtes Internet als kein Internet zu haben. „Wir tun in Deutschland gut daran, erstmal Infrastruktur aufzubauen“, so Kuban. „Aber sie haben doch im Bund den Minister für digitale Infrastruktur gestellt“, entgegnete Schröder.

Bei der Rente forderte die Juso-Vorsitzende Uekermann, niemand solle länger arbeiten müssen: „Wer länger arbeiten will, soll das machen. Aber niemand soll gezwungen werden.“ Die Rente müsse stabilisiert und das Rentenniveau wieder angehoben werden. Eine gesetzliche Mindestrente ohne Bedingungen forderte der Sprecher der Linksjugend. Das Eintrittsalter für die volle Rente müsse sich daran orientieren, wie leistungsfähig die Beschäftigten seien. „Ich

wünsche mir das auch alles. Aber die Menschen werden nun mal älter. In unserer Generation gibt es weniger Menschen. Das muss auch alles finanzierbar sein“, erwiderte die junge Liberale. Gesteigerte Produktivität und gerechtere Verteilung der Renten würde dies auffangen, so Uekermann.

Der Vertreter der CDU sah den Schlüssel in klaren Aussagen: „Wir sollten den Leuten Sicherheit geben. Sie sollten wissen, was unterm Strich übrig bleibt.“ Er habe sich kürzlich eine Eigentumswohnung gekauft. Das sei nur möglich, weil er über seine Finanzen Bescheid wisse. Im Publikum und am Podium gab es daraufhin teils Gelächter und den Vorwurf, man müsse sich Wohneigentum erst mal leisten können. Schröder argumentierte: „Es darf doch nicht unser Anspruch sein, anzunehmen, dass die Leute sich Wohneigentum eh nicht leisten können. Das ist ein wichtiger Teil der Alterssicherung!“ In den meisten europäischen Ländern seien die Eigentumsraten viel höher als in Deutschland. Man müsse etwas tun, um Wohneigentum zu fördern.

Nach der lebhaften Podiumsdiskussion gab es zum Abschluss noch Gelegenheit, mit den Vertretern der Parteien ins Gespräch zu kommen. Auch Bundesaußenminister Sigmar Gabriel, der beim Kongress vor vier Jahren IG-BCE-Mitglied wurde, diskutierte angeregt mit den Delegierten.

© 2020 IG-BCE Grafiken & Inhalte dieser Webseite sind urheberrechtlich geschützt
IG BCE - Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie
Inselstraße 6a | D-10179 Berlin

Telefon: 030 278713-0 | Telefax: 030 278713-44
E-Mail: lb.nordost@igbce.de